

Hans Stimmann

Stadt im Dialog

„Stadt heißt, in den Dialog treten und sich mit Blick auf die Geschichte und Gegenwart auf einen Raum des Gemeinsamen zu verständigen“ (F. Neumeyer)

Die jüngere Berliner Stadtbaugeschichte ist geprägt durch Kriegszerstörung und nachfolgender Abrisse für das jeweilig aktuelle Modell des „Neuen Berlin“. Der politisch gewollte Bruch mit der Geschichte, die Auslöschung des Stadtgrundrisses, der Eigentümerverhältnisse war zudem nach der Teilung der Stadt angeheizt durch die sich des Städtebaus und der Architektur bedienenden Systemkonkurrenz. Die Architekten und Planer waren aktive Partner dieses Prozesses. Sie glaubten (manche sind bis heute dieser Auffassung) es sei möglich, mit städtebaulichen Ideen gesellschaftliche, d. h. vor allem wirtschaftliche und soziale Probleme lösen zu können. Wo die Politik sich eine neue Form des Zusammenlebens, des Wirtschaftens, des Wohnens, Kommunizierens erträumte, haben Architekten wie Hans Scharoun, Hermann Henselmann, Werner Düttmann, als Senatsbaudirektoren oder Chefarchitekten prompt schnell realisierbare Antworten und ihrer Nachfolger gegeben. Die urbanistischen Patentrezepte dazu hießen Stadtlandschaft, Großsiedlung, Autobahnüberbauung, sozialistisches Zentrum oder Paläste für die Arbeiter an einem Boulevard, usw. Darin unterschieden sie sich nicht von ihren Kollegen in der Weimarer Republik. Im Gegenteil die Geburtsstunde der Moderne markiert den praktischen Beginn der "Diktatur der Philantropen".

Es geht in diesem Kapitel nicht darum, die Abriss- und Neubaugeschichte unter einer anderen Perspektive auszuleuchten, sondern am Beginn dieses Abschnittes über die unterschiedlichsten Dialogformen bei der Stadtentwicklung nach dem Fall der Mauer, darauf aufmerksam zu machen, sowohl über die systematischen Abrisse (sieht man von den Ruinenbeseitigungen kriegszerstörter Häuser ab), als auch Planung und Bau der neuen Stadtquartiere (Stalinallee; Hansa-Viertel; Otto-Suhr-Siedlung; Heinrich-Heine-Viertel, Kulturforum, Fischerkiez, etc.) und markanten Einzelbauten (Philharmonie, Kongresshalle) (1957), Neue Nationalgalerie (1968), Palast der Republik (1976), Außenministerium, Staatsratsgebäude (1964), ICC (1979), Fernsehturm, etc.) wurde ausschließlich in direkten Beziehungen von Politik, Senat, Partei (SED), Bürgermeister, manchmal Vorsitzender des Staatsrates) und den Architekten bzw. Senatsbaudirektoren entschieden. Eine Ausnahme bildet die Verabschiedung der West-Berliner Flächennutzungspläne über deren abstrakte Nutzungsaussagen im Abgeordnetenhaus entschieden wurde. Bebauungspläne mit gebäudescharfen Aussagen spielten faktisch keine Rolle. In der Regel wurden sie lange nach der Fertigstellung des Bauprojektes beschlossen. Sie dienten aber nur der nachträglichen rechtlichen Sicherung, aber nicht der Planung: Um sich den Wandel in der Planungskultur der Nachwendezeit zu verdeutlichen, muss man sich die Dimensionen und mehr noch die Radikalität der Nachkriegsplanungen in Ost- und West Berlin vor Augen halten. Weder der legendäre im Schloss ausgestellte Kollektivplan Scharouns, noch die Planungen für das West-Berliner Stadtautobahnnetz, auch nicht die Planungen für das Kulturforum, die Autobahnüberbauung, das Märkische Viertel oder die Gropiusstadt und die Flächenabrisse ganzer Quartiere im Wedding, Kreuzberg, Neukölln und erst recht nicht der Abriss der Königsvorstadt, der Altstadt Berlin, die Neuplanung am

Alex, die Großsiedlungen in Hellersdorf und Marzahn wurden im Dialog mit der Bevölkerung geplant, verändert, beschlossen, gebaut. Aufkeimende Debatten wie z. B. bei Leitbildwechsel in der Stalinallee wurden brutal abgewürgt. Im ehemaligen Ost-Berlin war sogar die Planungshoheit dem Magistrat entzogen und dem Aufbauministerium übergeben.

Der Abriss-Neubaukonsens war unbeschadet der sonstigen fundamentalen politischen Gegensätze in West- und Ost Berlin so einhellig dominierend, dass man sich schon etwas darauf zu Gute hielt, die Bürger über die fertig geplanten Projekte in den Tageszeitungen und mit öffentlich ausgestellten Architekturmodelle mit dem Motto „Stadtplanung geht alle an“ zu informieren. Der berühmte Vortrag A. Arndts über „Demokratie als Bauherr“ bezog sich ausdrücklich auf die Gestalt des Ergebnisses und nicht auf demokratische Verfahren.¹ Mit dieser „Kultur“ der propagandistischen „Mach-mit“-Werbung für das bessere Neue mussten sich die Bewohner Ost-Berlins bis zum Zeitpunkt der Wende begnügen. Bürgerbeteiligung wie sie das Bundesbaugesetz zwingend vorschreibt, existierte in der ehemaligen DDR nicht. Partei und Regierung und der von ihr eingesetzten Fachleute entschieden für das Volk über Abrisse und Neubauten.

Im Westen Berlins änderte sich das Verhältnis Planer-Bürger mit den ersten kritischen Analysen der Großsiedlung "Märkisches Viertel" durch Architekturstudenten, nachfolgenden Protesten gegen Abrisse von Arbeiterquartieren in Wedding und Kreuzberg, Gründungen von Bürgerinitiativen gegen den Bau von Stadtautobahnen (der legendären B I – Westtangente) in den 70er Jahren und schließlich mit der Gründung der IBA GmbH, die sich einen partizipatorischen Planungsansatz auf die Gründungsfahnen geschrieben hatte. Besonders die IBA-Planer der Abteilung Stadterneuerung kultivierten den Dialog mit den Betroffenen, ließen die Bau- und Sozialgeschichte der beplanten Quartiere aufarbeiten, luden Architekten aus vielen Ländern der Welt ein, ihre Vorstellungen von der Stadt vorzutragen, organisierten über Jahre andauernde Debatten über den „zentralen Bereich“. J. P. Kleihues ließ als Neubaudirektor erstmals wieder auch für Laien lesbare Pläne über die Planungen für die südliche Friedrichstadt zeichnen. Es folgten ganze Serien von Publikationen, die die Planung, den Prozess und die Ergebnisse dokumentierten. Schließlich gab es Ausstellungen und Vor-Ort-Begehungen als Schlussveranstaltung. Kurz, die beiden Abteilungen der IBA haben entscheidend dazu beigetragen, an die Stelle der Werbung für ein geplantes Bauprojekt, die Kultur des Dialogs zwischen Planern, Fachöffentlichkeit und Betroffenen im Westteil Berlins etabliert.

Dabei darf nicht unterschlagen werden, dass dieser Dialog überwiegend als öffentliches Gespräch zur Konkretisierung und Durchsetzung feststehender Ziele – nämlich der „behutsamen Stadterneuerung“ und der „Kritischen Rekonstruktion“ beigetragen hat.

In dem gut einem Jahr unmittelbar nach der Öffnung der Mauer (09.11.89) bis zu den ersten Gesamtberliner Wahlen (02.12.90) und der Senatsbildung entstanden die Runden Tische Ost- und West-Berliner Planer, die der Illusion anhingen, diese im Schatten der Mauer ohne Investorendruck entstandene links-alternative Dialogkultur der IBA nun für die Planung der Berliner Region und für das historische Zentrum übertragen zu können. Ein besonderes Merkmal dieser runden Planertische war die

paritätische Ost-West-Zusammensetzung, die sich unbeschadet ihrer politischen Herkunft einem „sozialpolitischen Urbanismus“ (Hartung) verpflichtet fühlten.

Sie trafen sich ab August 1990 in Dessau, später in Berlin und fixierten 33 politische Empfehlungen zur Berliner Stadtentwicklung.² Parallel zu diesen Planererwartungen artikulierten sich – massiv unterstützt durch die Tages- und Fachpresse – eine vom dominierenden Ansatz der Kritischen Rekonstruktion quasi gefangengehaltene Schar von Architekten, die in den leergefegten Arealen des Mauerstreifens und der Innenstadt eine einmalige Gelegenheit sahen, die neoklassizistischen Einflüsse der Postmoderne zugunsten kühner avantgardistischer raumgreifender Stadtvorstellungen zu überwinden.

Im Auftrag der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) in Kooperation mit dem deutschen Architekturmuseum Frankfurt entwarfen Anfang 1991 17 Architekten ohne Rücksicht auf die gesetzlich vorgeschriebenen Neuordnung der Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden und Planungsrecht ihre „Ideen für das Berlin von Morgen“. Etwas später zog die Zeitschrift GEO mit acht weiteren Entwürfen nach. Beteiligt waren u. a. R. Koolhaas, F. Gehry, P. Eisenmann, D. Libeskind, H. Kollhoff, Gregotthi, Coop Himmelblau, Jean Nouvel, O. M. Ungers, J. P. Kleihues.

Diese Stadtplanung durch Medienkonzerne und „Stararchitekten“ fand auch in Berlin große Zustimmung, vor allem bei den zahlreichen Anhängern der eher auf eine Geometrie der Brüche und Verwerfungen setzenden organischen Architektur- und Stadtauffassung, die sich durch Stadtreparatur und Kritische Rekonstruktion zurückgedrängt sahen. Im Mai 1991 wird die FAZ-Ausstellung „Berlin Morgen“ von der Berlinischen Galerie angeregt, im Gropius Bau gezeigt. Die Ausstellung wird ergänzt um einen nicht minder realitätsfernen Beitrag 11 Berliner Architekten, die sich nicht auf die Mitte, sondern auf Standorte entlang des inneren Stadtringes konzentrierten. Motor dieser Stadtentwicklungsausstellung war der später ermordete Investorenbetreuer Hanno Klein. Unmittelbar nach der Konstituierung des Senats (Anfang 1991), entfalteten die beiden aus parteipolitischen Gründen konkurrierenden Verwaltungen, ein in Qualität und Quantität mit der Planung und dem Bau befassten nie zuvor gekanntes Maß an Dialogkultur über Fragen der Stadtentwicklungsplanung und Architektur. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung gründete das "Stadtforum" und die Senatsbauverwaltung die "Berliner Architekturgespräche". Beide Diskussionsforen werden bis heute fortgeführt. Dabei wurden zwar die Qualität der Debatten im Stadtforum und bei den Architekturgesprächen durchweg gelobt, die Ergebnisse blieben gleichwohl heftigst umstritten. Diese Kritik hat seine Ursachen nicht in den Dialogformen, sondern in den politischen Zielen des Dialogs der Entwürfe neuer avantgardistischer Stadtmodelle verwarf und stattdessen auf Varianten traditioneller Stadtmodelle setzte. Dabei wurde die Auseinandersetzung mit der jeweiligen Geschichte des Ortes vorausgesetzt. Dieses wurde besonders von Architekten, die das Modell der europäischen Stadt für überholt hielten, als Kampfansage gegen "die Moderne" angesehen. Die sozialpolitisch motivierten Stadtplaner wiederum waren enttäuscht darüber, dass der Senat mit seinen planenden und bauenden Verwaltungen nicht bereit war, seine politisch administrative Verantwortung an ein Ost-West paritätisch besetztes Fachleutegremium abzugeben. Das dies bei einer großen Koalition von CDU und SPD viele der parlamentarischen Opposition (Grüne und PDS) nahestehende Intellektuelle betraf, die auf einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus gehofft hatten, macht die langandauernde Wut auf politische Entscheider trotz aller Dialo-

ganstrebungen erklärlich. Erst wenn man sich die enorme Breite und Tiefe des Stadt-Dialogs verdeutlicht und dies in Beziehung setzt zur permanenten

Unzufriedenheit mit den Ergebnissen, wird der Epochenbruch der Nachwendezeit städtebaulicher und architektonischer Veränderungen, die aus dem „Schaufenster des freien Westens“ und der „Hauptstadt des Sozialismus“ allmählich wieder eine Stadt hervorbrachte, deutlich.

Dabei muss in Erinnerung gerufen werden, dass die politische Steuerung der Stadtentwicklung zwischen den Parteien von 1991 bis 1999 geteilt war. Die Stadtentwicklungsplanung, Landschaftsplanung und die (Gemeinsame) Landesplanung und Denkmalpflege lagen bis 1995 bei der CDU mit dem liberal-konservativen Senator V. Hassemer an der Spitze. Die für die Straßenplanung enorm wichtige Verkehrsplanung wurde durch den konservativen Senator H. Haase (CDU) vertreten. Die Bau- und Wohnungsverwaltung mit der Zuständigkeit für den Wohnungsbau, den öffentlichen Hoch- und Tiefbau, die Hauptstadtentwicklung und Kunst im Stadtraum ressortierte bei der SPD mit Senator W. Nagel als Ressortchef. Nagel belebte nach langer Unterbrechung die Funktion eines Senatsbaudirektors im Range eines Staatssekretärs neu. Die Machtteilung zwischen den Koalitionsparteien blieb auch in der zweiten Legislaturperiode der großen Koalition erhalten. Die Rollen der ausgeschiedenen Senatoren v. Hassemer und W. Nagel übernahmen nun J. Klemann (CDU) und P. Strieder (SPD). Erst nach 1999 änderte sich diese Situation durch die Fusion sämtlicher Fachbereiche des Planens und Bauens in einer Verwaltung.

Der Zuschnitt der Ressorts und der jeweilige Politikstil der Senatoren führte zu einem Dauerwettbewerb über die geistige Lufthöhe bei der Stadtentwicklung. Dabei setzte V. Hassemer mit dem von ihm Anfang 1991 gegründeten Stadtforum auf den Weg der Ideen- und Entscheidungsfindung durch öffentliche Dialoge. Indem mit hochqualifizierten Fachleuten besetzten Gremien wurden die Argumente zu sämtlichen Grundsatzfragen der Stadtentwicklung ausgetauscht. Das Stadtforum war so etwas wie der „runde Tisch“ der Stadtentwicklung, bei dem der Dialog oft höher bewertet wurde als das Ergebnis. Gleichwohl kann gerade diese integrierende Wirkung kaum überschätzt werden, da die Stadt in den ersten Jahren nach der Wende gezwungen war, weitreichende Entscheidungen zu treffen, ohne dafür die eigentlich notwendige verbindliche Planungsgrundlage zu besetzen. Der erste Gesamt Berliner Flächennutzungsplan wurde erst im Sommer 1994 beschlossen. In den Gründerjahren des neuen Berlin bildete das Stadtforum oft die Legitimationsbasis für politische Entscheidungen über die abschließend an anderer Stelle, d. h. entweder bei Wettbewerben, im Senat (z. B. Eisenbahnkonzept) befunden wurde. Das Landesparlament hat sich an den Grundsatzdebatten der Stadtentwicklung lediglich im Rahmen der Beratungen über den Flächennutzungsplan beteiligt.

Öffentlichkeitsarbeit

Parallel zur journalistischen Verarbeitung trug die Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen dazu bei, dem öffentlichen Diskurs über Architekturfragen zu befördern und zu lenken. Dazu wurde ein breites Spektrum unterschiedlichster Kommunikationsformen eingesetzt:

- Zur populären Information über das Baugeschehen wurde das 4 x jährlich erscheinende Magazin „Foyer“ gegründet. Es informierte in hoher Auflage (20-50.000) kostenlos (weil anzeigengestützt) aktuell und exklusiv über neue Projekte. Dieses bis heute erscheinende Journal erschien in Konkurrenz zum Stadtforum-Journal, das über Planungsthemen informierte. Mit der Ende 1999 erfolgten Zusammenlegung der Verwaltungen wurden beide Journale fusioniert.
- Für das Fachpublikum wurde die Broschürenreihe „Städtebau und Architektur“ eingerichtet. Sie widmete sich spezifischen Themen wie Schulbau, Messebauten, Krankenhausbau, Brückenbau, Wohnungsbau, Hauptstadtplanung, etc. und dokumentierte Planungsergebnisse, wie z. B. die Kritische Rekonstruktion der Friedrichstadt, des Pariser Platzes, etc.

Als Pendant zum Stadtforum etablierte die Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen ein besonderes Diskussionsforum für Architekten. Hier wurden in hitzigen Debatten die kontroversen Positionen der "Berliner Architekturdebatte" am Beispiel konkreter Projekte ausgetauscht.

- Eine Sonderform der Architekturgespräche war die sog. „Lapidarium-Konferenz“. Hier wurden in besonderem Ambiente eines als Lapidarium genutzten Abwasserpumpenhauses internationale Architekten nach dem Einfluss der städtebaulichen Vorgaben auf ihre Architektur gefragt. Die Antworten von Rem Koolhaas, Aldo Rossi, Cergio Grassi, Isozaki, H. Jahn, Ph. Johnson, R. Burelli etc. wurden im Nachgang als Buch veröffentlicht (Babylon Berlin).
- Was für die Architekten die Architekturgespräche ausmachten, waren die ähnlich angelegten Debatten über Stadtplanungsfragen in der Serie „Stadtprojekte“ im Deutschen Architekturzentrum (DAZ). Hier wurden besonders die einzelnen Projekte des Planwerks öffentlich diskutiert.
- Schließlich sind in mehrere vom Senatsbaudirektor herausgegebene bzw. angelegte Bücher erschienen:
 - Burg/Stimmann (Hrsg) Down town – Berlin
 - Burg Berlinische Architektur
 - Stimmann (Hrsg) Stadt-Haus-Wohnung,
 - Stimmann Physiognomie einer Großstadt, Berlin 2000

Mit diesen Büchern wurde versucht, dem Diskurs und den Reflexionen der vielen Kritiker eine authentische Grundlage zu geben. Dieses Anliegen betraf auch die von der Verwaltung organisierten Ausstellungen, die sich an ein breites Publikum richteten. Dazu gehört an erster Stelle die 1995 eröffnete Info-Box am Potsdamer Platz. Die Idee stammt von Bausenator W. Nagel. Mit der Infobox, den Baustellenträgern verfolgte er das Ziel, den Bauprozess selbst populär zu machen.

In Berlin hat man sich gleich nach der Wende auf ein bescheidenes Verfahren verständigt. Angesichts der zahlreichen Bauwettbewerbe privater Investoren hat sich die Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen bereit erklärt, die Umgebungsmo-
delle nach einheitlicher Bauart herzustellen. Gleichzeitig wurden für die Entwurfsmo-
delle Farbe und Material bestimmt, nämlich unbehandeltes Holz vorgeschrieben. Auf
der Grundlage dieser Methode ist das Berliner Stadtmodell im Maßstab 1:500 für ei-
nen großen Teil der historischen Innenstadt nach und nach gewachsen. Es diente
und dient bis heute als Arbeitsmodell, in dem Verwaltung, Architekten und Bauherren
und später auch Bürger sehen konnten, ob und wie das einzelne neue Haus sich in
die Stadt einfügt. Der Stadtmodellbau im Maßstab 1:500 ist also eine direkte Folge
der Arbeit mit der kritischen Rekonstruktion und ihrem Regelwerk, dass die Traufhö-
he auf 22 Meter vorschreibt. Aus Hausbau wurde so Stadtbau, aus Architekturmodel-
len wuchs ein Stadtmodell, dass zwischen gebauten und geplanten Gebäuden unter-
scheidet. Diese Modellbaumethode für eine Stadt ist also eine große Ausnahme, die
aus der besonderen Situation Berlins nach der Wende resultiert. Die Verwendung
eines Stadtmodells als Mittel der Planung ist der Natur der Sache entsprechend die
große Ausnahme. Diese Methode blieb utopischen, kolonialen oder sozialistischen
Stadtgründungen und kleineren Stadterweiterungsprojekten vorbehalten. Der Nor-
malfall in Europa hieß jahrhundertlang Transformation, Erneuerung, Durchbrüche,
Erweiterung, aber nie die Planung einer kompletten Stadt. Dies gilt naturgemäß be-
sonders für die historischen Innenstädte, deren Stadtgrundriss und Stadtaufriss sich
nur allmählich veränderten. In den meisten Fällen ging es um Erweiterung. Das sys-
tematische Stadtwachstum Berlins vor dem mittelalterlichen Gründungskern über die
barocke Stadterweiterung ist ein gutes Beispiel.

Bei den neuen Berliner Modellen ist dies anders. Die Stadtmodelle waren von Anfang
an Werkzeug der Planung. Hier werden Wettbewerbe auf ihre städtebauliche Integra-
tion überprüft, Einzelgebäude im Kontext begutachtet. Die Realisierung der gesam-
ten historischen Innenstadt bis über den Potsdamer Platz und Kulturforum im Maß-
stab 1:500 war im Vergleich zu den existierenden Modellen ein historisch einmaliger
Vorgang. Es gab allerdings einen Vorläufer dieses Modellbaus: das Modell der In-
nenstadt Ost-Berlins mit den Planungen für die Hauptstadt der DDR. Dieses aus
Kunststoff gefertigte, lange am Fernsehturm zu sehende Modell war allerdings von
Anfang weniger Arbeitsmodell, sondern ein Modell, in dem Staat, Regierung und Par-
teien ihre Vorstellungen anschaulich vermitteln wollten. Für West-Berlin hat es ein
großes Stadtmodell nie gegeben. Dies widersprach dem Planungsleitbild der offenen
Stadt und den Planungsmethoden, bei der das Objekt auf der einen und die großen
Stadtzusammenhänge in Form von Flächennutzungsplänen auf der anderen Seite im
Vordergrund standen.

Eine ganz andere Funktion hat das Stadtmodell im Maßstab 1:1000. Es ist der klas-
sisch städtebauliche Maßstab. Es dient zur Beurteilung städtebaulicher Großprojek-
te wie Potsdamer Platz, Alexanderplatz, Lehrter Bahnhof, Spreebogen, Spreeinsel
oder Ostbahnhof. Das Stadtmodell hat es ermöglicht, die räumliche Qualität und die
Körnigkeit der einzelnen städtebaulichen Großprojekte im Maßstab der gesamten
Stadt zu kontrollieren. Ähnlich wie im Schwarzplan werden erst in diesem Maßstab
die unterschiedlichen Bebauungsmuster, ihre Dichten der Altbaugebiete, der Sied-
lungsbauten der Nachkriegszeit und der neuen Projekte sichtbar. Die Arbeit der
Fachleute mit dem Modell und die Faszination, die Architekten und andere Betrachter
beim Anschauen des Modells spüren, zeigen den Wert traditioneller Stadtmodelle.

Eine besondere Rolle des Dialoges mit der Öffentlichkeit spielen die in zwei Maßstäben gebauten Stadtmodelle (1:500 und 1:1000).

Zur Wahrnehmung eines jeden Produktes zählt ein einheitlicher Auftritt. Das Neue Berlin und seine Architektur verbindet sich mit einem Corporate Design, das maßgebend von den Berliner Grafikern Adler & Schmidt beeinflusst wurde. Sie entwarfen im Dialog mit dem Auftraggeber die mehrfach ausgezeichneten Plakatserien (Architekturgespräche, Stadtforum, Stadtprojekte) Broschüreinheiten, Einladungen, Ausstellungen, Pläne. Ihre reduzierte und auf wenige typographische Elemente und Farben beschränkende Sprache erklärt und unterstützt ohne Worte die Idee des Neuen Berlin.

Städtebauliche Wettbewerbe

Die wichtigsten Grundsatzentscheidungen für die Innenstadtentwicklung fielen nicht in diesen Foren, sondern im Zusammenhang der städtebaulichen Ideenwettbewerbe für den

- Potsdamer Platz (1991)
- Alexanderplatz (1993)
- Spreebogen (1994)

Im Rahmen dieser Verfahren wurde über die bis heute heftigst kritisierten Leitbilder der städtebaulichen Entwicklung im Zentrum Berlins entschieden. Das Berlin „von Morgen“ bezieht sich seit diesen Grundsatzentscheidungen auf die Geschichte und Tradition. Für das "Neue Berlin" wurden strenge städtebauliche Vorgaben formuliert. Die Entscheidungen über den jeweiligen städtebaulichen Rahmen fielen in den Jursitzungen. Eine wichtige Vorentscheidung fällt bei der Abfassung des Auslobungstextes und seiner Zielvorgaben, seinen Vorstellungen. Die komplizierten internen Auseinandersetzungen über diese Ziele zwischen den beteiligten Verwaltungen, den Grundstückseigentümern und Bauherren prägten die späteren Ergebnisse. Ein Beispiel:

Am Potsdamer Platz ging es bei der Wettbewerbsvorbereitung in einem offenen Schlagabtausch zwischen den Grundstückseigentümern (debis, Sony, ABB Wertheim) und dem Senat vor allem um den zukünftigen Stadtypus. Obwohl die Grundstückseigentümer mit allen publizistischen und politischen Mitteln dagegen opponierten (und von R. Rogers einen eigenen Entwurf fertigen ließen), forderte der Wettbewerb eine Auseinandersetzung mit der Maßstäblichkeit, Nutzungsmischung und der Struktur der Europäischen Stadt, bei der so der Auslobungstext „der Topos der Parzelle sich als Schlüsselbegriff erweitern könnte“.

Der Begriff „Europäische Stadt“ und „Parzelle“ wurde hier erstmals in einer Auslobung als Ziel eingeführt und damit der Grundstein dafür gelegt, dass z. B. mit den späteren Preisträgern Hillmer und Sattler Städtebauer preisgekrönt wurden, die die-

ses Ziel vor Augen hatten. Eine möglichst klare Zielbeschreibung des Bauherren "Stadt" ist eine Voraussetzung für folgende städtebauliche Wettbewerbe. Sie nutzt allerdings wenig, wenn die Jury mehrheitlich das intendierte Ziel nicht akzeptiert. Diese Gefahr bestand in Berlin in allen drei o. g. Wettbewerben. In der Jury und im Teilnehmerfeld war immer ein breites Spektrum städtebaulicher und architektonischer Positionen vertreten. Dadurch wurden die Debatten während der oft zweitägigen Jurysitzungen zum wichtigen Teil des Dialogs unterschiedlicher Partner und Positionen. Dies galt besonders für die o. g. städtebaulichen Ideenwettbewerbe, andere mehrstufige Realisierungsverfahren und erst recht die diskursiv angelegten Verfahren, wie sie regelmäßig bei den Entwürfen für die neuen Vorstädte zur Anwendung kamen. Es gehört schließlich zur Berliner Wettbewerbskultur, die Debatten der Jurymitglieder vor relativ breitem „Publikum“ – Bauherrenvertretern, Sachverständigen, Studentischen Vorprüfern, Mitgliedern der Parlamente, Beobachtern der Architektenkammern – durchzuführen. Die Debattenbeiträge der Jurymitglieder gerieten so oft zu kleinen halböffentlichen Vorträgen vor einem ausgewählten meinungsbildenden Auditorium, deren Wirkung regelmäßig unterschätzt wird..

Medienreaktionen als Teil des Stadtdialoges

Die Rezeption der Juryentscheidungen erfolgte in zeitlich gestaffelter Reihenfolge – Tagespresse, Fachpresse, Journale, erst national dann international, dann schließlich die - Bücher. Die nur schwer zu überblickende Menge der – überwiegend kritischen – Reaktionen auf Wettbewerbsentscheidungen über die ziemlich einmaligen Aufgabenstellungen – im Kontext der Wiedergeburt der deutschen Hauptstadt – ist begründet mit der großen Anzahl der städtebaulichen und architektonischen Wettbewerbe (mehr als 200 in den ersten 5 Jahren), der programmatischen Internationalität der Teilnehmer, Prominenz der Bauherren, der Qualität der Jurymitglieder – und aus der Spannung der auch für die internationalen Stars geltenden städtebaulichen Vorgaben und dem Ziel einer Neuinterpretation des europäischen Stadtmodells.

Besonders diese die wirtschaftliche Verwertung (Höhenbegrenzung) und die künstlerische Phantasie Grenzen setzende Vorgaben führten bei vielen Teilnehmern, Journalisten und Beobachtern der Entstehung des neuen Berlin zu scharfen, oft beleidigenden Verdächtigungen oder Befürchtungen eines aus der NS-Vergangenheit heraufdämmernden „Neuteutonia“ einer „Knobelbecherstadt“, bei der die Gradlinigkeit und Einfachheit der in Reih und Glied aufgestellten, gleich hohen steinernen Fassaden geradewegs zurück zur völkischen „Blut- und Bodenarchitektur“ führe, die mit Hilfe „autoritärer und repressiver Erlässe“ durchgesetzt wurde.

Die angestrebte Rückbesinnung auf die „europäische Städtebautradition“, die Ausgangshypothese „Berlin müsse nicht neu erfunden werden“, erwies sich als Provokation insbesondere für viele auf medienwirksame avantgardistische Bilder programmierte Journalisten, die von Berlin, der Stadt gewagter gesellschaftlicher und architektonischer Experimente und radikaler Brüche alles andere erwarteten als eine Rückkehr in die Geschichte mit Häusern, die zur Bildung öffentlicher Räume beitragen sollten. Erwartet wurde eine Bildersammlung hervorragender Einzelbauten, gefordert wurden städtische Ensembles.

Letztlich ging und geht es bei dieser Auseinandersetzung über Städtebau und Architektur auch um die für Medien – immer interessante Machtfrage. Wer entscheidet über die Gestalt der Stadt, die kapitalstarken Bauherren und ihre berühmten Architekten oder ganz in der Tradition europäischer Städte die Gemeinde und ihre Vertreter? Da sich diese Machtfrage im Amt und in der Person des Senatsbaudirektors oft als Widerpart der die Individualität betonenden Architekten und potenter Investoren wunderbar festmachen ließ, waren alle Bedingungen für ein öffentliches Showdown gegeben.

In kurzer Zeit wurden so Städtebau und Architektur zu dem Leitmedium der Herausbildung der neuen Identität der „Berliner Republik“. Besonders die Reaktionen der internationalen Presse in USA, England, Frankreich, Holland, Italien und Schweden (New York Times, Magazin New Yorker, Le Figaro-Magazin, L.A.-Times, Le Monde, Internationale Herald Tribune, Republika), aber auch die ausführlichen Berichte über Berliner Architekten in den nationalen Magazinen und der überregionalen Tagespresse (Spiegel, Stern, Focus, FAZ, Süddeutsche, Zeit, Woche, FR, Welt) hatte enorme Rückwirkung auf den innerstädtischen Dialog. Die Kritik verunsicherte die nach Anerkennung süchtige Berliner Politik. Die Berliner Tageszeitungen veröffentlichten mehrere Serien zum Thema,³ der zentrale TV-Sender (SFB) reagiere mit permanenten Reportagen unter der Überschrift „Stadt-Land-Fluss“, etc. Die ausführliche Berichterstattung und Kommentierung trug so dazu bei, dass Fragen der Architektur, ihre Angemessenheit, Schönheit oder Hässlichkeit in allen Bevölkerungsschichten breit diskutiert wurde.

Ästhetische Fragen waren mit der damit verbundenen massenhaften Zustimmung oder Ablehnung wie zuletzt in den Jahren des Kalten Krieges (Hansa-Viertel gegen Stalinallee) wieder zu einer bedeutenden politischen und kulturellen Frage geworden.

¹ Akademie der Künste (Hrsg.) - Anmerkungen zur Zeit, Berlin 1961

² siehe dazu: Stadtbauwelt vom 28.3.91, S. 582 ff

³ Hinweise auf Serien - TIP, Morgenpost